



Geschäftsführung Verkehrsausschuss

Frau Krause

Telefon: (0221) 221-25909

Fax: (0221) 221-24447

E-Mail: angela.krause@stadt-koeln.de

Datum: 06.06.2011

Niederschrift

über die **17. Sitzung des Verkehrsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 10.05.2011, 16:00 Uhr bis 19:47 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theoburauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Manfred Waddey	GRÜNE
---------------------	-------

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Geffen van	SPD	
Herr Peter Kron	SPD	
Herr Horst Noack	SPD	(bis 19.40 Uhr)
Frau Susana dos Santos Herrmann	SPD	
Herr Henk Benthem van	CDU	
Herr Klaus Koke	CDU	(für RM Manderla)
Herr Lars Möller	CDU	(bis 19.00 Uhr)
Herr Karsten Möring	CDU	(bis 19.30 Uhr)
Herr Horst Thelen	GRÜNE	(für RM Wolter; bis 19.15 Uhr)
Frau Bettina Tull	GRÜNE	(bis 19.17 Uhr)
Herr Ralph Sterck	FDP	(für RM Kirchmeyer)
Herr Karel Schiele	pro Köln	

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Peter Arenz	Die Linke.	(bis 19.45 Uhr)
------------------	------------	-----------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Feld	FDP/auf Vorschlag der SPD-Fraktion
Herr Oliver Czernik	auf Vorschlag der CDU
Herr Ferdinand Schmitz	auf Vorschlag der CDU
Herr Thomas Werner	CDU

Herr Lino Hammer	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans-Peter Vietzke	auf Vorschlag der Grünen
Herr Hans Edgar Preckel	auf Vorschlag der FDP
Herr Waldemar Staudenherz	auf Vorschlag pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Bernd Fahlenbock

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck	Dezernat Planen und Bauen
Herr Christian Dörkes	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Klaus Harzendorf	Amt für Straßen und Verkehrstechnik
Herr Robert Kilp	Amt für öffentliche Ordnung
Herr Gerd Neweling	Amt für Brücken und Stadtbahnbau
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	Dezernat Planen und Bauen
Frau Ulrike Willms	Bauverwaltungsamt

Gäste

Herr Gunther Höhn	KVB AG
-------------------	--------

Schriftführerin

Frau Angela Krause	Dezernat Planen und Bauen
--------------------	---------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Carola Steiner	SPD/auf Vorschlag der Grünen
---------------------	------------------------------

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Horst Ladenberger
Herr Dieter Pannecke

Ausschussvorsitzender Waddey eröffnet die 17. Sitzung des Verkehrsausschusses und begrüßt alle Anwesenden. Vor Eintritt in die Tagesordnung weist er darauf hin, dass diese wie folgt ergänzt werden soll:

- 1.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 05.05.2011 betreffend
Nicht gerechtfertigte Aufstellung zusätzlicher Starenkästen
AN/0943/2011

Stellungnahme der Verwaltung
1896/2011

Tischvorlage

- 5.9 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Severinsbrücke, Strombrücke
Nachrechnung des Überbaus und Planung von Verstärkungsmaßnahmen zur
Erzielung einer ausreichenden Beulsicherheit
1194/2011
- 5.10 Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf der Waldecker Straße in Köln-
Buchforst
1364/2011
I. Durchgang
- 5.11 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf
hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Margaretastraße
mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des
Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-
Endhst.Ossend.-B.anhebung, Hj. 2011
1679/2011
I. Durchgang
- 7.11 Lichtsignalanlage Gottesweg/Petersbergstraße in Köln-Sülz
hier: Vorlage 0409/2009 aus der Beratung im Verkehrsausschuss aus der Sit-
zung vom 16.06.2009, TOP 4.4
1649/2011
- 7.12 Stadtbahnhaltestelle Zoo / Flora - Kosten der Umbauarbeiten;
Anfrage von Herrn Jung in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses
am 17.03.2011
1669/2011
- 7.13 Köln als autofeindlichste Stadt Deutschlands
hier: Beschluss aus der Sitzung des Rates vom 07.10.2010, TOP 3.1.3
4398/2010
- 7.14 2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn; Querung der Rheinuferstraße
hier: Ratsbeschluss aus der Sitzung vom 25.11.2010, TOP 10.21
1495/2011

Zudem liegen zu diversen Tagesordnungspunkten Änderungsanträge der Fraktionen – teilweise als Tischvorlagen – vor.

Herr Waddey schlägt vor, TOP 7.14 auf Bitten der CDU-Fraktion zu Beginn der Mitteilungen zu behandeln.

Der Ausschuss ist mit diesen Ergänzungen und dem Verfahren einverstanden und beschließt demnach folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 1.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.03.2011 betreffend Auswirkungen der ICE Verbindung Frankfurt-Köln-London
AN/ 0656/2011

Antwort auf die Anfrage von Bündnis 90 / Die Grünen vom 17.03.2011 zu den Auswirkungen der ICE-Verbindung Frankfurt-Köln-London
1584/2011

- 1.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 05.05.2011 betreffend Nicht gerechtfertigte Aufstellung zusätzlicher Starenkästen
AN/0943/2011

Stellungnahme der Verwaltung
1896/2011

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 21.03.2011 betreffend Freigabe der Standspur der A 57 zwischen der Anschlussstelle Bickendorf und dem Autobahnkreuz Köln-Nord stadtauswärts
AN/0671/2011

Stellungnahme der Verwaltung
1290/2011

- 2.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 28.03.2011 betreffend Flüsterasphalt-Offensive
AN/0749/2011

- 2.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 18.04.2011 betreffend
Einrichtung eines U-turns auf der Aachener Straße mit Fußgängerverbindung
zum Grüngürtel
AN/0834/2011

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 10.05.2011
AN/0960/2011

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

- 4.1 Machbarkeitsuntersuchung für die Realisierung einer P+R-Anlage am Verteilerkreis Köln
5332/2010
- 4.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung des Vergabeverfahrens; Straßenerhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet
0368/2011
- 4.3 Verkehrsgutachten Ost-West-Achse in Köln mit Dreiwagenzügen der Stadtbahn
5221/2010
- 4.4 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über die Lieferung von Absperrpfosten
1423/2011
- 4.5 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über die Lieferung von Verkehrszeichen
1424/2011
- 4.6 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über die Lieferung von mobilen Absperrrichtungen
1426/2011
- 4.7 Einrichtung einer eigenen Grünphase für den Linksabbieger vom Lindenthalgürtel in die Dürener Straße
0608/2011
- 4.8 Prioritäten bei Bahnsteiganhebungen und Aufzugsnachrüstungen
hier: Aktualisierung der Prioritäten
1479/2011
- 4.9 1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens;
hier: Regionale 2010-Projekt "mobil-im-rheinland"
2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes;

hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-0-4365,
Regionale 2010-Projekt "mobil-im-rheinland"
1437/2011

4.10 Gemeinsamer Geh- und Radweg auf dem Parkgürtel im Abschnitt zwischen
Nußbaumerstraße und BAB 57
1405/2011

4.11. Verbreiterung der Nebenanlagen Tunisstraße zwischen Streitzeuggasse und
Breite Straße gemäß städtebaulichem Masterplan Innenstadt
4845/2010

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 10.05.2011
AN/0964/2011

4.12 Neugestaltung der Berliner Straße in Köln-Mülheim zur Geschäftsstraße im
Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes Mülheim 2020
0809/2011

4.13. Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln; hier: Buslinie auf der Inneren Kanal-
straße/Universitätsstraße - Bewertung und Verlängerung
1382/2011

Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 02.05.2011
AN/0883/2011

4.14 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Busnetz im Teilraum Linksrheinisch Süd
1596/2011

4.15 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Änderung der Führung der Buslinien 160 und 162 nach Fertigstellung der
Nordanbindung Bf. Wahn
1595/2011

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

5.1 Freigabe der in das Haushaltsjahr 2011 übertragenen Aufwandsermächtigun-
gen aus dem politischen Veränderungsnachweis/Veränderungsnachweis Nr.
10 aus 2010 zur Umsetzung des Straßenunterhaltungsprogramms 2011 ff.,
Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und
Dienstleistungen
1042/2011

5.2 Teilfinanzplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
hier: außerplanmäßige Auszahlung Fußgängerbrücke Schulzentrum Tollerst-
raße in Köln-Mengenich
0264/2011

- zurückgezogen -

- 5.3 216. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0734/2011
- 5.4. Umgestaltung des Ebertplatzes
hier: Planungsbeschluss für die Anpassung der vorhandenen Ingenieurbauwerke als vorbereitende Maßnahmen für die Umgestaltung des Ebertplatzes auf Grundlage des städtebaulichen Masterplans
4602/2010
- Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0977/2011
- 5.5 1. Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 im Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6601-1201-1-5041, Regionale 2010 Ottoplatz, Umgestaltung
2. Vergabe der Bauarbeiten zur Umgestaltung des Ottoplatzes an einen Generalunternehmer
0732/2011
- 5.6 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Neubau einer Lärmschutzwand in Köln-Rondorf
0794/2011
- 5.7 217. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1485/2011
- 5.8 Bürgerstr. 2/Alter Markt 31-33 ("Rotes Haus"), Köln-Altstadt-Nord
0277/2011
- 5.9 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Severinsbrücke, Strombrücke
Nachrechnung des Überbaus und Planung von Verstärkungsmaßnahmen zur Erzielung einer ausreichenden Beulsicherheit
1194/2011
- 5.10 Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf der Waldecker Straße in Köln-Buchforst
1364/2011
- 5.11 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf
hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Margaretastraße

mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Lenaupl.-Endhst.Ossend.-B.anhebung, Hj. 2011
1679/2011

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 PFA-Asphalt für Kölns Straßen

hier: Anfrage der SPD-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 22.03.2011
1144/2011

PFA-Asphalt für Kölns Straßen

hier: Nachfragen des RM dos Santos Herrmann und des RM Kirchmeyer aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 22.03.2011, TOP 1.1
1347/2011

6.2 Temporäre Geschwindigkeitsüberwachung vor Schulen und Kindertagesstätten

hier: Anfrage des RM Möring aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 07.12.2010, TOP 8.2
0169/2011

6.3 Parksituation am Krankenhaus Merheim

hier: Anfrage des SE Krämer aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 18.01.2011, TOP 8.13
1080/2011

6.4 Anfrage aus der 15. Sitzung des Verkehrsausschusses am 15.02.2011 zur Nord-Süd-Stadtbahn, 2. Baustufe

hier: Baumfällungen im Bereich Gustav-Heinemann-Ufer
1136/2011

6.5 Baumaßnahme in Rondorf, Einfahrt Hochkirchen

hier: Mündliche Anfrage der SE Steiner aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 22.03.2011, TOP 8.9
1339/2011

6.6 Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 22.03.2011 zu TOP 8.12 Anmeldung für Investitionsvorhaben des ÖPNV/SPNV

1524/2011

6.7 Aufnahme der Rotlichtüberwachung in Köln, Ehrenfeldgürtel/Ecke Vogelsanger Straße

hier: Nachfrage aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 22.03.2011, TOP 5.10
1608/2011

7 Mitteilungen der Verwaltung

- 7.1 15 Minuten kostenfreies Parken
hier: Sachstandsbericht
1083/2011
- 7.2 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Berichtswesen 1. und 2. Quartal 2010
0075/2011
- 7.3 Nord-Süd Stadtbahn, 2. Baustufe, Berichtswesen 1. und 2. Quartal 2010
0077/2011
- 7.4 Eingabe für die Optimierung der Zuwegung für Fußgänger zur Philharmonie
hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 01.03.2011, TOP 3.3
0529/2011
- 7.5 Optimierung und Anpassung des Marktplatzes an der Berliner Straße in Köln-Mülheim im Rahmen des "Integrierten Handlungskonzeptes MÜLHEIM 2020"
0904/2011
- 7.6 Radverkehr in Köln
Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs im Jahr 2010
1107/2011
- 7.7 Automatische Schilderbrücke zur bedarfsgerechten Verkehrsführung der Dürener Straße bei Veranstaltungen im Rhein-Energie-Stadion
hier: Nachfrage von Herr Jung aus der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses vom 17.03.2011, TOP 8.2
1228/2011
- 7.8 Sachstand vierspuriger Ausbau der Landesstraße 150 von der Anschlussstelle A 553 bis zur Anschlussstelle A 555
1358/2011
- 7.9 Projekt "cologneE-mobil"
Modellprojektphase für Elektromobilität in Köln verlängert
1628/2011
- 7.10 Bebauung am Breslauer Platz
Verzögerung des Projektes durch Leitungstrassen der DB AG - Erarbeitung von Alternativen
1155/2011
- 7.11 Lichtsignalanlage Gottesweg/Petersbergstraße in Köln-Sülz
hier: Vorlage 0409/2009 aus der Beratung im Verkehrsausschuss aus der Sitzung vom 16.06.2009, TOP 4.4
1649/2011

- 7.12 Stadtbahnhaltestelle Zoo / Flora - Kosten der Umbauarbeiten;
Anfrage von Herrn Jung in der Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses
am 17.03.2011
1669/2011
- 7.13 Köln als autofeindlichste Stadt Deutschlands
hier: Beschluss aus der Sitzung des Rates vom 07.10.2010, TOP 3.1.3
4398/2010
- 7.14 2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn; Querung der Rheinuferstraße
hier: Ratsbeschluss aus der Sitzung vom 25.11.2010, TOP 10.21
1495/2011

- 7.15 Straßenfest anlässlich der Inbetriebnahme der Linie 5/Verlängerung bis zum Butzweiler Hof
Mündliche Mitteilung des Beigeordneten Streitberger

8 Mündliche Anfragen

- 8.1 Baustelle Iltisstraße
Anfrage des SE Preckel
- 8.2 Bullaugen auf dem Breslauer Platz
Erinnerung des RM Sterck
- 8.3 Fahrbahndecke im Bereich Breslauer Platz
Anfrage des RM Sterck
- 8.4 Geschwindigkeitsreduzierungen auf dem Unnauer Weg
Anfrage des RM Sterck
- 8.5 Baustellen in Porz
erneute Anfrage des RM van Benthem
- 8.6 Mangelnde Verkehrssicherheit Leuchterstraße/Zeisbuschweg
erneute Anfrage des SE Czernik
- 8.7 Hinweisschilder im Bereich des Breslauer Platzes Richtung Eigelstein
Anfrage des SE Vietzke
- 8.8 Bonner Straße/Bonner Wall/Einmündung Siegfriedstraße
Anfrage des SE Arenz

II. Nichtöffentlicher Teil

- 9 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates**
- 10 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 11 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates**
- 12 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)**
- 12.1 Bedarfsfeststellung für die Verlängerung von externer Personalgestellung in der Abteilung Neubau beim Amt für Brücken und Stadtbahnbau
1284/2011

- 13 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)**
- 14 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 15 Mitteilungen der Verwaltung**
- 15.1 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
1206/2011
- 16 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

1 Anfragen nach § 4 der Geschäftsordnung des Rates

1.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 17.03.2011 betreffend Auswirkungen der ICE Verbindung Frankfurt-Köln-London AN/ 0656/2011

Antwort auf die Anfrage von Bündnis 90 / Die Grünen vom 17.03.2011 zu den Auswirkungen der ICE-Verbindung Frankfurt-Köln-London 1584/2011

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

Ausschussvorsitzender Waddey merkt an, dass dieses Thema demnächst auch auf verschiedenen Ebenen weitergehend behandelt werden müsse; ggf. werde in der kommenden Ratssitzung eine Resolution verabschiedet.

1.2 Anfrage der FDP-Fraktion vom 05.05.2011 betreffend Nicht gerechtfertigte Aufstellung zusätzlicher Starenkästen AN/0943/2011

Stellungnahme der Verwaltung 1896/2011

Herr Kilp, Leiter des Amtes für öffentliche Ordnung, erläutert die wesentlichen Details der als Tischvorlage verteilten Stellungnahme.

RM Sterck merkt an, dass er noch keine Gelegenheit hatte, die Beantwortung in Gänze zu lesen und sie daher ggf. in der nächsten Sitzung erneut in die Tagesordnung aufgenommen werden sollte.

In der Sache macht er darauf aufmerksam, dass die Verwaltung die Fährte selber ausgelegt habe, indem sie eine Verwaltungsvorlage zur Aufstellung von Starenkästen mit dem Titel „...Einnahmenverbesserung...“ ausgezeichnete und sich insofern durchaus ein entsprechender Verdacht aufgedrängt habe. Hinsichtlich der in Rede stehenden Kreuzung Militärringstraße/Am Eifeltor/Oberer Komarweg sei es ihm wichtig, die konkreten Daten zu kennen, d.h. die Unfallzahlen den entsprechenden Kategorien zugeordnet. Er bitte diese noch nachzureichen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, legt dar, dass es in 2009 fünf Leicht- und zwei Schwerverletzte gegeben habe (zweimal Kategorie 2, dreimal Kategorie 3 und zweimal Kategorie 4), in 2010 sogar 12 Leichtverletzte (achtmal Kategorie 3, dreimal Kategorie 4). Von wesentlicher Bedeutung sei auch, dass die Kreuzung in den vergangenen zehn Jahren achtmal Unfallhäufungsstelle und

somit durchaus dringender Handlungsbedarf gegeben war. Die Art der Unfälle deute aus Sicht der Unfallkommission darauf hin, dass die gefahrenen Geschwindigkeiten hier auch eine Rolle spielen.

Seitens der CDU-Fraktion erinnert RM Möring daran, dass das Tempolimit wegen Baumaßnahmen im Tunnel eine Zeit lang auf 50 km/h reduziert wurde. Er möchte angesichts einer konkreten Nachfrage eines Betroffenen wissen, wann die Geschwindigkeitsreduzierung gegolten und wie lang die Baumaßnahme andauert habe, d.h. ob diese der Grund hierfür gewesen sei. Zudem interessiere es ihn, wie viele Übertretungen welcher Art dort festgestellt wurden und wie vielen Widersprüchen stattgegeben wurde. In diesem Zusammenhang betont er, dass bei ihm der Eindruck entstanden sei, dass es zu der Frage, wo wie viele Starenkästen aufgestellt werden, keine solide Entscheidungsgrundlage gebe. Er nehme zur Kenntnis, dass die formalen Rahmenbedingungen – Unfallhäufungsstelle und deren Definition – als ausreichende Grundlage hierfür gegeben sei. Berücksichtigt und genauer diskutiert werden müsse jedoch auch die Frage, ob überhaupt die richtige Maßnahme ergriffen werde. Ihm sei es wichtig, grundsätzlich die Standorte – abgesehen von Schulen u.ä. Einrichtungen – daraufhin zu untersuchen, welches Unfallgeschehen dort stattgefunden habe und ob eine Besserung eingetreten sei. Seine Fraktion werde in einer der kommenden Sitzung einen dementsprechenden Antrag bzw. ggf. einen Prüfauftrag einreichen.

Herr Kilp berichtet, dass das Tempolimit vom Frühjahr 2009 bis Oktober 2010 gegolten habe; Grund hierfür seien Reparaturen an Beleuchtungseinrichtungen der Untertunnelung der Eisenbahnlinie gewesen, die vom Landesbetrieb Straßenbau durchgeführt wurden. Seitens der Verwaltung wurden in diesem Zeitraum in der Tat Seitenraddarmessungen vorgenommen, die „lediglich“ dazu dienen, an einem Unfallschwerpunkt das Geschwindigkeitsgeschehen festzustellen. Der gemessene Spitzenwert war 132 km/h. Bußgeldbescheide seien jedoch nicht erstellt worden.

Herr Harzendorf stellt ergänzend die Arbeit der städtischen Unfallkommission dar.

RM dos Santos Herrmann merkt an, dass sie über die Berichterstattung über die Kreuzung Militärringstraße sehr irritiert war; die Ausführungen der Verwaltung hierzu seien jedoch schlüssig und entsprächen der Intention der SPD-Fraktion. Sie hoffe, dass die Stadt möglichst wenige Einnahmen erzielen werde, da dies ein Beleg für die Erhöhung der Verkehrssicherheit sei.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betont RM Tull, dass die Diskussion nach ihrer Ansicht einen „falschen Zungenschlag“ habe. Man könne sich nicht ernsthaft dagegen verwehren, dass die Einhaltung von Regeln auch überprüft werde.

Abschließend beantwortet Herr Kilp noch eine Anfrage des SE Feld in Bezug auf einen Starenkasten in Godorf (*vgl. hierzu auch die schriftliche Stellungnahme aus der Sitzung des Verkehrsausschusses am 18.01.2011, TOP 6.3*).

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt Vorsitzender Waddey die Diskussion.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

2.1 Antrag der FDP-Fraktion vom 21.03.2011 betreffend Freigabe der Standspur der A 57 zwischen der Anschlussstelle Bicken- dorf und dem Autobahnkreuz Köln-Nord stadtauswärts AN/0671/2011

Stellungnahme der Verwaltung 1290/2011

RM Sterck nimmt seitens der FDP-Fraktion Stellung zum eingereichten Antrag und weist darauf hin, dass er diesen trotz der Stellungnahme der Verwaltung aufrecht erhalte.

Nach anschließender kurzer Diskussion stellt Ausschussvorsitzender Waddey den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird damit beauftragt, beim Landesbetrieb Straßen NRW die Freigabe der Standspur der A 57 stadtauswärts zwischen der Anschlussstelle Köln Bickendorf und dem Autobahnkreuz Köln-Nord zu Stoßzeiten für den rollenden Verkehr zu beschleunigen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

2.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 28.03.2011 betreffend Flüsterasphalt-Offensive AN/0749/2011

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, erläutert, dass sich ab einer Geschwindigkeit von 40 km/h der Einsatz von lärmoptimiertem Asphalt lohne, im Wesentlichen auf dem Hauptverkehrsstraßennetz in Bereichen, in denen Menschen wohnen. Die Mehrkosten für den Einbau des lärmoptimierten Belages halten sich in einem überschaubaren Rahmen, nämlich ca. 1 €/m². Da die Verwaltung den Einbau zudem für sinnvoll halte, werde bei jeder Baumaßnahme geprüft, ob die Rahmenbedingungen erfüllt sind.

RM dos Santos Herrmann gibt zu Bedenken, dass sich der sog. „Flüsterasphalt“ nach ihren Informationen schneller abbaue und somit anfälliger sei für Schlaglöcher.

Herr Harzendorf bestätigt, dass die Schicht in der Tat über viele Jahre nicht so fest wie eine Herkömmliche war und i.d.R. auch eine zweite Entwässerungsebene benötigt wurde. Zwischenzeitlich konnte die Bauweise jedoch optimiert werden.

Ausschussvorsitzender Waddey stellt zusammenfassend fest, dass der Antrag somit bereits erledigt sei. Nach kurzer Diskussion mit RM Sterck fasst der Ausschuss dennoch folgenden

Geänderten Beschluss:

Der Verkehrsausschuss begrüßt die Ausführungen der Verwaltung und bittet sie, entsprechend weiter zu arbeiten bzw. zu verfahren.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**2.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 18.04.2011 betreffend
Einrichtung eines U-Turns auf der Aachener Straße mit Fußgängerver-
bindung zum Grüngürtel
AN/0834/2011**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen vom 10.05.2011
AN/0960/2011**

RM Sterck nimmt für die FDP-Fraktion Stellung zum eingereichten Antrag. Den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüße er sehr und werde diesem auch zustimmen. Der letzte Satz seines Antrages müsse dann demzufolge gestrichen werden.

RM Möring signalisiert seitens der CDU-Fraktion Zustimmung zu den Anträgen, merkt jedoch an, dass der vorgesehene Überweg die Fußgänger zur Nordseite des Aachener Weihers führe. Die Zielrichtung der Nutzer sei jedoch nicht der Weiher, sondern vielmehr der weitere Grüngürtel oder auch der Biergarten. Zwei Überwege in einem kurzen Abstand wiederum halte er für nicht unbedingt realisierbar. Gleichwohl seien die Anträge eine gute Lösung, mit der das „Schweineöhrchen“ beseitigt und ein Verzicht des U-Turns bei der Dürener Straße ermöglicht werden könnte.

RM Tull betont, dass die Maßnahmen getrennt voneinander betrachtet werden sollten, so dass die bereits beschlossene Quermöglichkeit nun zügig umgesetzt werden könne.

BG Streitberger legt dar, dass er sich in der Tat auch zwei Überwege vorstellen könnte. Die Realisierung des bereits beschlossenen Überweges werde voraussichtlich erst in 2012 erfolgen. Die nun anstehende Untersuchung werde die Verwaltung – das Einverständnis des hiesigen Ausschusses vorausgesetzt – jedoch in die Gesamtuntersuchung des Bereichs (*vgl. hierzu auch nachfolgenden TOP 4.3*) integrieren und somit etwas Zeit, voraussichtlich ein Jahr oder auch länger, in Anspruch nehmen.

Vorsitzender Waddey lässt über den mündlich modifizierten Beschluss abstimmen.

Mündlich modifizierter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Einrichtung eines U-Turns auf der Aachener Straße auf Höhe des Aachener Weihers für Fahrzeuge, die aus Richtung Westen kommen, zu prüfen. Dabei sind auch Aspekte einer möglichen Haltestellenverlängerung zu berücksichtigen.

Ziel soll die Schaffung einer neuen Möglichkeit sein, von der Aachener Straße auf die Innere Kanalstraße in Richtung Norden zu gelangen. Durch diese neue Möglichkeit soll der im Grüngürtel gelegene Wendekreis („Schweineöhrchen“) überflüssig gemacht werden, damit diese Fläche – wie im Masterplan vorgesehen – entsiegelt werden kann.

Der neue U-Turn soll auf seiner östlichen Seite auch mit einem Fußgängerüberweg ergänzt werden, der die dringend benötigte Fußverbindung des Grüngürtels über die Aachener Straße gewährleistet.

Die Umsetzung des bereits beschlossenen Fußgänger-Überwegs wird unabhängig von dieser Prüfung zügig weiterverfolgt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Enthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren, Anregungen der Bezirksvertretungen und des Integrationsrates

4 Entscheidungen (Beschlussorgan Verkehrsausschuss)

4.1 Machbarkeitsuntersuchung für die Realisierung einer P+R-Anlage am Verteilerkreis Köln 5332/2010

RM dos Santos Herrmann verweist auf die mehrheitlich geänderte Beschlussempfehlung der Bezirksvertretung Rodenkirchen. Da hierzu noch keine Stellungnahme der Verwaltung vorliege, bitte sie, die Beschlussfassung bis zur kommenden Sitzung zurückzustellen. Sie bitte bei der Stellungnahme zu berücksichtigen, dass eine Realisierung des BV-Beschlusses ggf. eine Haltestellenumplanung nach sich ziehe.

Für die CDU-Fraktion betont RM Möring erneut, dass kein optimaler Standort gegeben sei. Seine Fraktion möchte nochmals für Variante B werben und bittet zu überdenken, ob eine Parkpalette, die in die Kurve und entlang der Militärringstraße platziert werde, mit einem Übergang aus der 1. Etage nach Norden Richtung Haltestelle in Betracht gezogen werden könnte. Die Grünflächen in diesem Bereich seien äußerst minderwertig, niedriger Buschbewuchs, einzelne kleine Bäume sowie Grasflächen. Auch die Zugänglichkeit zur Haltestelle stelle sich bei Variante B nicht schwieriger dar als bei den anderen Varianten.

RM Sterck führt aus, dass bei dieser Baumaßnahme vieles wünschenswert sei; faktisch müsse man jedoch prüfen, was überhaupt realisierbar und auch finanzierbar sei. Aus seiner Sicht laufe demzufolge alles auf Variante D hinaus.

SE Arenz teilt mit, dass die Fraktion DieLinke.Köln in der Bezirksvertretung Rodenkirchen Variante A präferiere. Für den weiteren Beratungsgang dieser Vorlage bitte er die Verwaltung noch nachzureichen, ob und inwieweit ein barrierefreier Übergang von der Buslinie 132 zur Endhaltestelle der Nord-Süd Stadtbahn gewährleistet werde. Die Varianten B und D kämen hier nach seiner Auffassung nicht in Betracht.

RM Tull weist darauf hin, dass ein barrierefreier Übergang aus ihrer Sicht nicht zwingend erforderlich sei; die Linie 132 ende am Chlodwigplatz und dort könne auch umgestiegen werden. An RM Möring gerichtet merkt sie an, dass Variante B die von der Haltestelle am weitesten Entfernteste und zudem der umliegende Bereich auch sehr finster sei. Die Anbindung der Variante A hingegen stelle sich als optimal dar und der Beschluss der Bezirksvertretung sei sehr zukunftsweisend. Nochmals zu überlegen sei, ob eine eingleisige Anfahrung der Haltestelle möglich wäre.

BG Streitberger sagt zu, zum Beschluss der Bezirksvertretung Stellung zu nehmen. Er verweist jedoch auf den langen Vorlauf bzw. Beratungsgang dieser Vorlage und bitte nun dringend um eine Beschlussfassung in der kommenden Sitzung. Das Thema sei

unverzichtbarer Bestandteil der Baustufe 3 der Nord-Süd Stadtbahn, die 2017 mit den ersten beiden Baustufen fertig gestellt sein soll.

Abschließend merkt Herr Höhn, Vertreter der KVB, an, dass, egal wie die Entscheidung ausfallen sollte, die Lösung auf jeden Fall barrierefrei sein werde.

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird auf Antrag der SPD-Fraktion vertagt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.2 Bedarfsfeststellungsbeschluss und Vorbereitung des Vergabeverfahrens;
Straßenerhaltungsmaßnahmen im Kölner Stadtgebiet
0368/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die nachfolgenden Bezirksvertretungen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.3 Verkehrsgutachten Ost-West-Achse in Köln mit Dreiwagenzügen der Stadtbahn
5221/2010**

RM Tull merkt seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kritisch an, dass der Betreff der Verwaltungsvorlage den eigentlichen Inhalt nicht wirklich wiedergebe; es gehe hier im Wesentlichen um die Umsetzung des städtebaulichen Masterplanes Innenstadt und darum, Lösungen für die Ost-West-Achse, den Neumarkt und den Rudolfplatz zu finden und nicht um die Dreifachtraktion, wie der Betreff es vermuten lasse. Ihre Fraktion halte es zwar für sinnvoll, die Haltestellen zu verlängern; eine Vorfestlegung auf eine Dreifachtraktion zum jetzigen Zeitpunkt sei jedoch verfrüht.

Für die FDP-Fraktion stimmt RM Sterck den Ausführungen seiner Vorrednerin im Wesentlichen zu und erinnert an seinen, bereits vor geraumer Zeit eingebrachten Antrag, der in die Beratungen zum Nahverkehrskonzept verwiesen wurde. Kritisch hinweisen möchte er die Verwaltung auf den sonst in Köln nicht üblichen Parallelbetrieb zwischen der Stadtbahn und den Bussen, der zwischen Rudolfplatz und Neumarkt existiere. Für die Nutzer, die den Neumarkt ohne umsteigen zu müssen anfahren können, sei dies sicherlich sehr komfortabel. Der Neumarkt bekomme durch die Eröffnung der Nord-Süd Stadtbahn jedoch eine neue, andere Bedeutung, so dass überlegt werden sollte, die Busse künftig am Rudolfplatz enden zu lassen, um die freiwerdende Platzfläche am Neumarkt dann anderweitig nutzen zu können und die Problemlage dort zu entschärfen. Er bitte eindringlich, diesen Aspekt zu prüfen.

RM Möring unterstreicht in der Sache die Wortbeiträge der RM Tull und Sterck. Es müssen hier sicherlich viele Probleme auf einmal berücksichtigt und angegangen werden.

Auch Ausschussvorsitzender Waddey betont, dass sich die Verwaltung hier keinerlei Denkverbote auferlegen sollte.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, merkt an, dass die verkehrliche Untersuchung der Umsetzung des Masterplanes völlig Ergebnis offen sei. Er verweist auf den Umstand, dass die KVB derzeit über ca. 200 Niederflurwagen verfüge, die sicherlich nicht alle zeitgleich abgeschafft werden können. Die Prüfung des Busbetriebes halte er für ein anderes Thema; die Buslinien 136 und 146 beispielsweise hätten insbesondere für die Lindenthaler Bürger eine hohe Bedeutung. Er werbe dafür, diese Prüfung gesondert durchzuführen.

BG Streitberger weist abschließend darauf hin, dass die Fragestellungen des FDP-Antrages in die zur Diskussion stehende Untersuchung integriert werden.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, eine Machbarkeitsstudie für die Ost-West-Achse im Abschnitt vom Aachener Weiher bis zur Brückenrampe der Deutzer Brücke mit dem Ziel anzufertigen, die Machbarkeit der Einführung der Dreiwagenzüge der Stadtbahn und der Umsetzungsmöglichkeiten der Vorschläge des städtischen Masterplanes Innenstadt aus verkehrlicher Sicht zu prüfen. Hierbei sind die in der Anlage 1 dargestellten Anforderungen zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.4 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über die Lieferung von Absperrpfosten
1423/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Lieferung von Absperrpfosten für die Bauhöfe fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.5 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über die Lieferung von Verkehrszeichen
1424/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Lieferung von Verkehrszeichen für die Bauhöfe fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.6 Bedarfsfeststellung und Vergabe des Zeitvertrages über die Lieferung von mobilen Absperreinrichtungen
1426/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Lieferung von mobilen Absperrelementen für die Bauhöfe fest und beauftragt die Verwaltung das entsprechende Vergabeverfahren einzuleiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.7 Einrichtung einer eigenen Grünphase für den Linksabbieger vom Lindenthalgürtel in die Dürener Straße
0608/2011**

RM Möring bestätigt seitens der CDU-Fraktion die Notwendigkeit, hier tätig zu werden. Er gibt jedoch zu Bedenken, dass die Einrichtung einer eigenen Grünphase für den Linksabbieger auf Kosten der Gürtelverbindung bzw. des Geradeausverkehrs gehe und bittet um Erläuterung der Auswirkungen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, merkt an, dass die Planung im hiesigen Ausschuss bereits vorgestellt und von diesem auch befürwortet wurde – seiner Zeit jedoch ohne die Radverkehrskomponente. Er sagt zu, Herrn Möring die Detailangaben zur Signalsteuerung zukommen zu lassen.

Ausschussvorsitzender Waddey stellt den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Lindenthal.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.8 Prioritäten bei Bahnsteiganhebungen und Aufzugsnachrüstungen hier: Aktualisierung der Prioritäten
1479/2011**

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, teilt ergänzend die Daten für die Haltestelle Vingst, Priorität 10, mit: Die grob geschätzten Kosten betragen ca. 2,0 Mio. €, der Nutzen-Faktor liege bei 3.700. Neben dem aufgeführten Seniorenwohnheim gebe es im Umfeld zudem viele senioren- und altersgerechte Wohnungen. Im Übrigen erinnere er auch an die bereits in der Bezirksvertretung geführte Diskussion, bei der dargelegt wurde, dass auch die Linie 153 und die Anbindung der Fuldaer Straße wesentliche Aspekte für die Einstufung seien.

RM dos Santos Herrmann bittet um Auskunft, ob die vorliegende Prioritätenliste von der Behindertenbeauftragten bzw. den Verbänden akzeptiert werde oder ob es bei der Abstimmung Diskrepanzen gegeben habe.

SE Fahlenbock verneint die Frage; die Liste sei im Vorfeld abgestimmt und finde Zustimmung.

Herr Neweling verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, die in die Beratungsfolge aufgenommen wurde.

RM Tull regt an, diese Informationen den nachfolgenden Gremien zukommen zu lassen.

Abschließend spricht Ausschussvorsitzender Waddey die Maßnahmen auf der Gürtelstrecke an. Er bitte die Verwaltung, sich Gedanken über die Art und Weise der Maßnahmen, insbesondere der Haltestellen Nußbaumerstraße und Subbelrather Straße/Gürtel – Stichwort Zusammenlegung Mittelbahnsteig - sowie der eventuell neuen Haltestelle nördlich des Ehrenfelder Bahnhofes zu machen und Lösungen für den durch die Linien 13 und 7 gemeinsam befahrenen Streckenabschnitt in Lindenthal zu prüfen bzw. Beschlussvorschläge zu unterbreiten.

Herr Waddey schlägt vor, die Vorlage mit den Anmerkungen in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 4.9** **1. Bedarfsfeststellung und Vorbereitung des Vergabeverfahrens;
hier: Regionale 2010-Projekt "mobil-im-rheinland"**
**2. Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes;
hier: Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Finanzstelle 6601-1201-0-4365, Regionale 2010-Projekt "mobil-im-rheinland"**
1437/2011

Beschluss:

1. Der Verkehrsausschuss stellt den Bedarf für die Detektion von 26 P+R-Anlagen im Rahmen des Regionale 2010-Projekt "mobil-im-rheinland" fest und beauftragt die Verwaltung die entsprechenden Vergabeverfahren vorzubereiten. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

und empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 333.509,40 € für das Regionale 2010-Projekt "mobil-im-rheinland" bei der Finanzstelle 6601-1201-0-4365 – Regionale 2010-Projekt "mobil-im-rheinland", Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen im Haushaltsjahr 2011.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 4.10** **Gemeinsamer Geh- und Radweg auf dem Parkgürtel im Abschnitt zwischen Nußbaumerstraße und BAB 57**
1405/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, auf der Südostseite des Parkgürtels im Abschnitt zwischen Nußbaumerstraße und Anschlussstelle BAB 57 gemäß der vorgelegten Planung im Zuge der vorgesehenen Fahrbahnsanierung einen gemeinsamen Geh- und Radweg auszubauen und die Finanzierung für die Maßnahme aus Eigenmitteln der Stadt Köln sicherzustellen.

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, sofern die Bezirksvertretung Ehrenfeld der Beschlussvorlage uneingeschränkt zustimmt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.11 Verbreiterung der Nebenanlagen Tunisstraße zwischen Streitzeuggasse und Breite Straße gemäß städtebaulichem Masterplan Innenstadt 4845/2010

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 10.05.2011
AN/0964/2011**

Ausschussvorsitzender Waddey macht auf den als Tischvorlage vorliegenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aufmerksam.

RM dos Santos Herrmann merkt seitens der SPD-Fraktion an, dass die Umsetzung des städtebaulichen Masterplans grundsätzlich richtig und begrüßenswert sei. Dennoch halte sie den Blick auch auf die verkehrlichen Maßnahmen für zu kurz geraten und schlage daher vor, die Planungen um die Glockengasse und die Brüderstraße zu erweitern. Da dieser Bereich von besonders hohem öffentlichem Interesse sei, sollte zudem die Öffentlichkeit in geeigneter Weise beteiligt werden.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen macht RM Tull deutlich, dass diese die Vorlage sehr enttäuschend finde. Es handele sich nach ihrem Empfinden nicht um die Umsetzung des Masterplans sondern vielmehr um eine „kosmetische Reparatur“. Eine siebenspurige Straße mitten in der Innenstadt sei nicht akzeptabel; zudem rechtfertige das Verkehrsaufkommen diese Dimension in keiner Weise. Sie erhoffe sich zudem nach der Sanierung der Oper und des Schauspielhauses eine andere Wertigkeit des Offenbachplatzes und des Umfeldes Kolumba-Viertel mit Anschluss an die Glockengasse und sei insofern erstaunt, wie mutlos die Verwaltung nun die Tunisstraße angegangen sei. Sie bitte die Verwaltung nachdrücklich, die vorliegende Planung zu überdenken und insbesondere auch Radverkehrsanlagen einzuplanen.

RM Sterck widerspricht für die FDP-Fraktion diesen Ausführungen insofern, als dass die vorliegende Planung den Vorgaben des Masterplanes durchaus entspreche; er verweist hierzu auf den der Vorlage beigefügten Plan, in dem die Siebenspurigkeit klar erkennbar sei. Er sei daher sehr zufrieden mit dem, was die Verwaltung erarbeitet habe. Die Maßnahme sei sehr schlank und finanzierbar. Die Spuren werden reduziert, die Fußgängerbereiche werden erweitert und zudem werden Bäume gepflanzt. Seine Fraktion halte dies für einen guten Kompromiss, der zustimmungsfähig sei. Es fehlen jedoch in der Tat Wege für den Radverkehr; es müsse allerdings darauf geachtet werden, diesen nicht in der Tunnel der Nord-Süd Fahrt zu locken.

BG Streitberger unterstreicht die Ausführungen von Herrn Sterck zum Masterplan und weist die Kritik von RM Tull zurück; es handele sich hier nicht um den Umbau der Nord-Süd Fahrt. Vielmehr sei die vorliegende Planung ein kleines handhabbares Segment, das zwingend für den nun endlich beginnenden Umbau des L.-Fritz-Gruber-Platzes benötigt werde, da für diesen eine andere Organisation des Einmündungsbereiches der Brückenstraße in die Nord-Süd Fahrt gewählt wurde. An RM dos Santos Herrmann gerichtet macht er deutlich, dass für den östlichen Bereich der Nord-Süd Fahrt – zwischen Nord-Süd Fahrt und Hohe Straße – ein Gesamtkonzept vorliege, das sich hier auch wiederfinde und das nach dem L.-Fritz-Gruber-Platz und der Tunisstraße stufenweise angegangen werde. Daneben sei zudem ein Konzept für den westlichen Bereich in Vorbereitung.

Er appelliere an den hiesigen Ausschuss, zu einer zügigen Beschlussfassung zu kommen, um den schwierigen Zwischenstand nach dem Bau des L.-Fritz-Gruber-Platz so kurz wie möglich zu halten und anschließend weiter arbeiten zu können. Der Radverkehr werde routinemäßig immer mit untersucht. Hier vertrete die Verwaltung jedoch die Auffassung, dass andere Radverkehrsstrassen als die Nord-Süd-Fahrt genutzt werden können und insofern nur kurze Abschnitte keinen Sinn machen. Die Querung der Nord-Süd Fahrt hingegen werde erleichtert und verbessert.

RM Möring kann sich für die CDU-Fraktion diesen Ausführungen und Argumenten anschließen und spricht daher seine Ablehnung gegen den eingebrachten Änderungsantrag aus. Lediglich die Bürgerinformation sei unterstützenswert.

RM Tull zeigt sich mit den Ausführungen der Verwaltung hingegen nicht zufrieden. Sie verweist auf einen Grundsatzbeschluss, nach dem bei neuen oder auch größeren Sanierungsmaßnahmen grundsätzlich Radverkehrsanlagen mit angelegt werden. Es könne nicht sein, dass die Belange der Radfahrer in diesem Bereich völlig ignoriert werden. Eine Führung durch den Tunnel sei in der Tat nicht erstrebenswert, jedoch gebe es rechts und links des Tunnels Fahrbahnen, die für den Radverkehr genutzt werden können.

Schwierig und unzureichend empfinde sie zudem das „scheibchenweise“ Beschließen von Einzelmaßnahmen und Segmenten; sie möchte vielmehr einen Gesamtüberblick erhalten, wie die einzelnen Segmente ineinander greifen.

RM Sterck regt an, die Frage der Radverkehrsführung unter Berücksichtigung des gesamten Radverkehrsnetzes in diesem Bereich zu überprüfen; der Abschnitt bis zur Brüderstraße sei in der Tat nicht sehr lang. Die Verwaltung sollte hierzu möglichst schon im nächsten Beratungsgang am 28.06.2011 Ergebnisse vorlegen.

Bei der nun anstehenden Beschlussfassung bitte er darum, über die drei Sätze des Änderungsantrages getrennt abzustimmen.

RM Möring erinnert an die Beschlussfassung aus April 2010 zum L.-Fritz-Gruber-Platz, in der die wesentlichen Rahmenbedingungen, die heute hier konkretisiert werden, so festgelegt worden seien. Er könne daher die vorgebrachte Kritik von RM Tull, dass die in Rede stehende Maßnahme ein zu kleines Segment sei, nicht nachvollziehen. Gleichwohl werde er sich einer Konzepterweiterung um das östliche Quartier Nord-Süd Fahrt/Kolumba sicherlich nicht verschließen; ein zügiges Weiterkommen in dieser Angelegenheit sei jedoch wünschenswert.

Auf anschließende Nachfrage des RM Sterck bestätigt BG Streitberger, dass nach der Fertigstellung des Platzes auf jeden Fall mit einem Zwischenzustand an der Schnittstelle gerechnet werden müsse. Die Verwaltung werde jedoch bemüht sein, diesen so kurz wie möglich zu halten. Weiterhin räumt er auf erneute Kritik des RM Tull ein, dass auch er mit dem Fortschritt anderer Maßnahmen – hier der Bereich um Kolumba – nicht in Gänze zufrieden sei. Er weist in aller Deutlichkeit jedoch darauf hin, dass der 1. Baustein dieses Quartiers der L.-Fritz-Gruber-Platz sei; dieser werde nun wie berichtet angegangen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Ausschussvorsitzender Waddey den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der den Beschlussvorschlag der Verwaltung ersetzen soll, zur Abstimmung.

Beschluss:

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Das Konzept zur Umgestaltung des östlichen Quartiers Nord-Süd-Fahrt/Kolumba ist um die Glockengasse und die Brüderstraße zu erweitern.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die FDP-Fraktion zugestimmt

Die Öffentlichkeit ist in geeigneter Weise (z.B. Bürgerinformationsveranstaltung, Workshop) zu beteiligen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

Außerdem sind in der Planung Radverkehrsanlagen auf der Fahrbahn mit zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion zugestimmt

- Der Verkehrsausschuss verweist den so **geänderten Beschlussvorschlag** zur Anhörung in die nachfolgenden Gremien.

4.12 Neugestaltung der Berliner Straße in Köln-Mülheim zur Geschäftsstraße im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes Mülheim 2020 0809/2011

RM Möring spricht die geplanten 27 m und 23 m langen Einengungen an, die einen Begegnungsverkehr Bus/Pkw nicht zulassen. Die CDU-Fraktion sei der Auffassung, dass dieses Problem zwingend gelöst werden müsse, da es erfahrungsgemäß andernfalls zu längeren Wartezeiten für die Busse kommen werde.

Auch RM Tull gibt zu Bedenken, dass die Situation dort in der Tat etwas schwierig sei. Sie rege daher an, die Einengungen zunächst provisorisch anzulegen und vor einer endgültigen Errichtung die Erfahrungen abzuwarten. Sofern sich die Befürchtungen bestätigen sollten, könnten die Bereiche wieder aufgeweitet werden, damit die Busse dort problemlos ohne Rücksicht auf den entgegen kommenden Verkehr passieren können.

BG Streitberger wendet ein, dass die Straße nach Fertigstellung der Markgrafenstraße eine völlig andere Verkehrsbedeutung bekommen werde und die Verwaltung insofern keine Zweifel habe.

RM Möring merkt an, dass er diesen Optimismus nicht teilen könne; dem Vorschlag des RM Tull hingegen – den Bau einer reversiblen Lösung – könne er sich anschließen. Weitere Bedenken habe er, dass für den hiesigen Ausschuss aus Zeitgründen kein 2. Beratungsgang vorgesehen sei. Er möchte die beschlossene Lösung hier durchaus nochmals diskutieren; lt. Verwaltungsvorlage sei die Antragstellung incl. einem Vorentwurf beim Zuschussgeber jedoch zwingend diesen Monat erforderlich.

BG Streitberger legt dar, dass der Antrag auf jeden Fall fristgerecht eingereicht werde, der Beschluss werde nachgereicht. Sofern der Beschluss vom Antrag abweiche, müsse die Antragstellung entsprechend modifiziert werden.

Herr Höhn, Vertreter der KVB, teilt mit, dass er den Vorschlag einer provisorischen Einengung für eine adäquate Lösung halte.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schlägt Ausschussvorsitzender Waddey vor, die Anregung mit in die Bürgerbeteiligung zu geben.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung - vorbehaltlich der Zustimmung der Bezirksvertretung Mülheim und des Stadtentwicklungsausschusses - auf Basis des vorgelegten Vorentwurfes (Anlage 1)

- jedoch mit der Maßgabe, dass die geplanten Einengungen im Bereich des Marktplatzes und vor der MütZe zunächst nur provisorisch angelegt werden, um die Erfahrungen abzuwarten -

die Bürgerinformationsveranstaltung durchzuführen und auf Grundlage der sich daraus ergebenden Ergebnisse die Entwurfs- und Ausführungsplanung zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

4.13 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln; hier: Buslinie auf der Inneren Kanalstraße/Universitätsstraße - Bewertung und Verlängerung

1382/2011

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 02.05.2011
AN/0883/2011**

RM Sterck nimmt seitens der FDP-Fraktion kurz Stellung zum eingereichten Änderungsantrag.

Ausschussvorsitzender Waddey schlägt vor, die Vorlage mit dem Änderungsantrag in die Bezirksvertretungen zu verweisen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage mit dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zur Anhörung in die nachfolgenden Bezirksvertretungen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.14 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Busnetz im Teilraum Linksrheinisch Süd
1596/2011**

Herr Dörkes, Vertreter des Amtes für Stadtentwicklung und Statistik, macht auf einen Fehler in der Verwaltungsvorlage aufmerksam. Auf Seite 12, 2. Spiegelstrich, muss es statt 21 Uhr korrekter Weise **22 Uhr** heißen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die nachfolgenden Bezirksvertretungen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**4.15 Fortschreibung Nahverkehrsplan Köln
hier: Änderung der Führung der Buslinien 160 und 162 nach Fertigstellung der Nordanbindung Bf. Wahn
1595/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Porz.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5 Vorberatungen (Beschlussorgan Rat oder anderer Ausschuss)

**5.1 Freigabe der in das Haushaltsjahr 2011 übertragenen Aufwandsermächtigungen aus dem politischen Veränderungsnachweis/Veränderungsnachweis Nr. 10 aus 2010 zur Umsetzung des Straßenunterhaltungsprogramms 2011 ff., Teilplan 1201, Straßen, Wege. Plätze, Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen
1042/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Finanzausschuss wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss beschließt zur Umsetzung des Straßenunterhaltungsprogramms 2011 ff. die Freigabe der in das Haushaltsjahr 2011 übertragenen Aufwandsermächtigungen aus dem politischen Veränderungsnachweis/Veränderungsnachweis Nr. 10 aus 2010 in Höhe von 2.493.928 € im Teilergebnisplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.2 Teilfinanzplan 1202 Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
hier: außerplanmäßige Auszahlung Fußgängerbrücke Schulzentrum
Tollerstraße in Köln-Mengenich
0264/2011**

Die Vorlage wurde zurückgezogen.

**5.3 216. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt
Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8
Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
0734/2011**

Ausschussvorsitzender Waddey macht darauf aufmerksam, dass hier eine ergänzende Stellungnahme der Verwaltung zum abweichenden Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt vorliege.

Frau Willms, stellvertretende Leiterin des Bauverwaltungsamtes, teilt auf Nachfrage des RM Möring mit, dass die Verwaltung von einer KAG-Pflicht bei Verbreiterung des Gehweges ausgehe.

Vorsitzender Waddey stellt den Beschlussvorschlag unter Berücksichtigung der ergänzenden Anlage zur Abstimmung.

Geänderter Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt –***unter Berücksichtigung der nachträglichen Anlagen 11 und 12*** - den Erlass der 216. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei Enthaltung der Fraktion pro Köln zugestimmt

**5.4 Umgestaltung des Ebertplatzes
hier: Planungsbeschluss für die Anpassung der vorhandenen Ingenieurbauwerke als vorbereitende Maßnahmen für die Umgestaltung des Ebertplatzes auf Grundlage des städtebaulichen Masterplans
4602/2010**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/0977/2011**

Ausschussvorsitzender Waddey macht auf den als Tischvorlage vorliegenden Änderungsantrag der FDP-Fraktion aufmerksam.

RM Sterck nimmt unter Bezugnahme auf die seit Jahren andauernden Diskussionen zur Umgestaltung des Ebertplatzes ausführlich Stellung zu diesem Antrag.

Für die SPD-Fraktion teilt RM dos Santos Herrmann mit, dass auch diese die Nichtweiterverfolgung einer Tiefgarage nicht akzeptiere und die Einschätzung der FDP in dieser Hinsicht teile. Der Änderungsantrag sei jedoch zu sehr auf eine Variante fokussiert, von daher schlage sie vor, das Ganze als Material in die nachfolgende Beratungsfolge zu geben und ergebnisoffen zu diskutieren und prüfen, ob eine Tiefgarage ggf. auch in der näheren Umgebung Sinn mache. Von Interesse sei für sie auch, wie die Verwaltung sich die Gestaltung der Platzoberfläche vorstelle. Auch in dieser Hinsicht möchte ihre Fraktion keine Lösung ausschließen und bitte um vielfältige Vorschläge.

RM Möring schließt sich seitens der CDU-Fraktion im Wesentlichen den Ausführungen seiner Vorredner an. Auch er neige dazu, den Suchraum für eine mögliche Quartiersgarage zu erweitern und nicht auf den von der FDP vorgeschlagenen zu begrenzen. Er schlage vor, den Änderungsantrag dahingehend zu modifizieren, dass hinter den Text „...drei bereits untersuchten Varianten“ *unter anderem* eingefügt werde.

RM Tull legt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dar, dass die Verwaltungsvorlage sehr erfreulich sei, da auch verschiedene Varianten zur Diskussion gestellt werden. Ihre Fraktion favorisiere die komplett ebenerdige Variante und denke, dass hierdurch eine schöne und gute Platzgestaltung geschaffen werden könne. Einer Tiefgarage - in der näheren Umgebung mit Wohnbebauung - werde ihre Fraktion sich sicherlich nicht verschließen, vorausgesetzt, es werde ein Investor gefunden und es seien zahlungswillige Anwohner vorhanden. Überlegenswert sei es ihrer Auffassung nach auch, die Richtung Rhein gelegenen 4 €-Tagesstellplätze in die Überlegungen und Akzeptanzuntersuchungen einer Quartiersgarage mit einzubeziehen. Kritisch sehe sie den Standort für das Buskap und den Wartebereich des Busses unmittelbar vor dem Kino. Hier sollte auf dem verbreiterten Gehweg vielmehr entsprechende Außengastronomie vorgesehen werden; der Wartebereich des Busses könnte ggf. an die verlängerte Busspur Richtung Hansaring verlegt werden.

RM Sterck gibt zu Bedenken, dass die von RM Tull angesprochenen, bereits vorhandenen Stellplätze aus seiner Sicht keine ausreichende Lösung für das Viertel darstellen. Die Akzeptanz und der Bedarf stünden nach seinem Empfinden außer Zweifel; er verweist in diesem Zusammenhang auf die 2002 durchgeführten Untersuchungen, die lediglich geringfügig angepasst werden müssen. Dem Vorschlag von RM Möring, den Änderungsantrag zu erweitern, könne er sich anschließen.

BG Streitberger legt dar, dass es hier um die Herstellung eines qualitätvollen Stadtraumes gehe und versucht werden sollte, auf diesem einen Stadtgrundriss die Verkehre verträglich miteinander zu organisieren. Die Frage des RM dos Santos Herrmann könne er derzeit nicht abschließend beantworten; die Platzoberfläche sollte jedoch so gestaltet werden, dass die Menschen dort gerne hingehen und sich dort gerne aufhalten. Dies sei heute definitiv nicht der Fall. Die vorliegende Planung sei mit den eigenen Mitarbeitern erarbeitet worden; für die nun anstehenden, weitergehenden Untersuchungen reichen die Kapazitäten nicht mehr aus. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die in der Vorlage angegebenen Mittel i.H.v. 190.000 € für eine Weiterverfolgung der Planung einer Tiefgarage sicherlich nicht ausreichen werden. Herr Streitberger sagt jedoch zu, diesen Aspekt bis zum 2. Beratungsgang im hiesigen Ausschuss zu klären.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schlägt Ausschussvorsitzender Waddey vor, die Vorlage mit dem modifizierten Änderungsantrag und den Diskussionsbeiträgen in die weiteren Gremien zu verweisen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage und den modifizierten Änderungsantrag der FDP-Fraktion, der da lautet:

„Der letzte Absatz der Beschlussvorlage wird durch folgende Fassung ersetzt.

Der mögliche Bau einer Tiefgarage unterhalb des Ebertplatzes wird im Rahmen der weiteren Planung tiefer untersucht. Dabei werden den drei bereits untersuchten Varianten **unter anderem** zwei hinzugefügt (siehe beiliegende Skizze):

- eine kleine Tiefgarage im westlichen Teil des Platzes weitgehend in den Abmessungen der bisherigen Fußgängerunterführung und
- eine größere Tiefgarage im westlichen Teil des Platzes und nördlich des Hauptsammlers unter dem Platz.

Dem Ausschuss sind vor diesem Hintergrund Alternativen für Zu- und Ausfahrten, Zugänge, Kapazitäten und Kosten darzustellen.

Für die Mehrkosten dieser Untersuchung im Rahmen der von der Verwaltung vorgeschlagenen Planung sind entsprechende Deckungen sicherzustellen.“

mit den Diskussionsbeiträgen zur Anhörung in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

- 5.5** **1. Mitteilung über eine Erhöhung der Investitionsauszahlungen gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO in Verbindung mit § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2010 und 2011 im Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, bei Finanzstelle 6601-1201-1-5041, Regionale 2010 Ottoplatz, Umgestaltung**
2. Vergabe der Bauarbeiten zur Umgestaltung des Ottoplatzes an einen Generalunternehmer
0732/2011

RM Möring merkt an, dass die CDU-Fraktion im Anschluss an die Ablehnung der vorgegebenen Lösung auch die vorliegende Kostenerhöhung nicht mittragen könne.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

1. Der Rat nimmt die Erhöhung der investiven Auszahlungsermächtigungen im Teilplan 1201, Straßen, Wege, Plätze, Teilplanzeile 8 – Auszahlung für Baumaßnahmen bei Finanzstelle 6601-1201-1-5041, Regionale 2010 Ottoplatz, Umgestaltung um 1.403.000 € zur Kenntnis. Die Gesamtkosten betragen nunmehr 6.203.000 € statt bisher 4.800.000 €. Die Bereitstellung der Mehrauszahlung in Höhe von 1.403.000 € erfolgt durch Wenigerauszahlungen im gleichen Teilfinanzplan und gleicher Teilplanzeile bei den Finanzstellen 6601-1201-1-5061 – Rheinuferstraße (Ubierring – Filzengraben) in Höhe von 453.000 €, 6601-1201-7-5016 Steinstraße/Hauptstraße (Porz) in Höhe von 250.000 € sowie 6601-1201-9-5815 Markgrafenstraße in Höhe von 700.000 €
2. Der Rat stimmt zu, dass abweichend von den Vergaberichtlinien der Stadt Köln

in der Fassung vom 31.10.1995 (aktuelle Fassung 06/2010) in Verbindung mit § 4, Abs. 8 Ziff. 1-3 VOB/B die Vergabe an einen Generalunternehmer erfolgen kann. Auf eine Wiedervorlage im Rahmen des Vergabeverfahrens wird verzichtet.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich gegen die CDU-Fraktion zugestimmt

**5.6 Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Neubau einer Lärmschutzwand in Köln-Rondorf
0794/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat stellt den Bedarf zur Planung für den Neubau der Lärmschutzwände an der Kapellenstraße in Köln-Rondorf fest und beauftragt die Verwaltung die Finanzierung sicherzustellen und die Maßnahme bis zur Ausschreibung vorzubereiten.

Gleichzeitig beschließt der Rat zur Sicherstellung der Planung der Lärmschutzwand Kapellenstraße in Köln-Rondorf eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 45.000,00 Euro im Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 8 - Auszahlung für Baumaßnahmen bei neuer Finanzstelle 6901-1202-2-0430 Lärmschutzwand Kapellenstraße, Hj. 2011. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im gleichen Teilfinanzplan sowie gleicher Teilplanzeile bei Finanzstelle 6901-1202-1-0320, Grunderneuerung Rampe Deutzer Brücke, Hj. 2011.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.7 217. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
1485/2011**

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verzichtet auf die nochmalige Vorlage, falls die Bezirksvertretungen ohne Einschränkung zustimmen und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat beschließt den Erlass der 217. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.8 Bürgerstr. 2/Alter Markt 31-33 ("Rotes Haus"), Köln-Altstadt-Nord 0277/2011

Auf kritische Nachfrage des RM Tull erläutert BG Streitberger, dass der öffentliche Aufzug groß genug sei, um Rollstuhlfahrer und Zwillingskinderwagen aufzunehmen. Er werde dies jedoch nochmals überprüfen.

Seitens der FDP-Fraktion kritisiert RM Sterck die vorliegende, überarbeitete Planung, die zu seinem ausdrücklichen Bedauern nicht vorab mit den Fraktionen kommuniziert worden sei. Es fehle nun eine durchgehende Verbindung von der Haltestelle heraus auf den Rathausplatz; dies sei seiner Zeit der größte Reiz gewesen, die Aufzüge in das Rote Haus hinein zu verlegen. Das Rote Haus selber sei lediglich noch ein Flickwerk an Restflächen. Seine Vorstellung sei es gewesen, einen großzügigen Ausgang aus der U-Bahn zu schaffen, der beispielsweise über zwei Etagen mit einer ansprechenden Galerie angelegt sei. Die hier ausgearbeitete Planung sei daher für ihn in keiner Weise zustimmungsfähig und er plädiere für ein interfraktionelles Gespräch, in dem nach akzeptablen Alternativen gesucht werde.

BG Streitberger kann diesen Standpunkt zwar nachvollziehen. Er macht jedoch deutlich, dass an den Planungen nunmehr seit über einem Jahr gefeilt werde und es insbesondere im Gestaltungsbeirat hierzu ausführliche Diskussionen gegeben habe. Zur Vermeidung von Angsträumen – hierzu wurde im Übrigen auch die Kriminalprävention der Polizei beteiligt –, zur Rettung zumindest eines Restes an Nutzfläche des Hauses und auch unter Berücksichtigung weiterer Zwangspunkte wie die Entrauchung der Stadtbahnhaltestelle und Vorgaben der Denkmalpflege sehe die Verwaltung letztlich keine Alternative zur vorliegenden Planung. Sicherlich werde nun etwas gebaut, an dem man Zweifel habe könnte; er habe jedoch große Zweifel, dass noch eine bessere Lösung gefunden werden könne.

Herr Streitberger macht zudem darauf aufmerksam, dass durch die sehr zeitintensive Bepanung und Beratung des Projektes bereits die Möglichkeit vertan wurde, gemeinsam mit der KVB zu bauen. Sein Bestreben sei es nun zumindest, im Herbst nächsten Jahres – mit der Eröffnung der KVB-Haltestelle – dort eine Baustelle zu haben. Er appelliere daher an die Fraktionen, in dieser Angelegenheit zügig zu einem Votum zu kommen.

Für die SPD-Fraktion betont RM dos Santos Herrmann, dass dies die Folgen der Fehlentscheidung aus dem Jahre 2005 seien, der ihre Fraktion im Übrigen nicht zugestimmt habe. Aus ihrer Sicht müsse nun die Entscheidung zwischen „Pest und Cholera“ getroffen werden. Die hier präsentierte Planung sei die weniger Schlechte, der mit „geballten Fäusten“ und Bedenken zugestimmt werden könne. Sie möchte jedoch noch wissen, ob für die barrierefreie Anbindung des Alter Marktes mit dem Rathausvorplatz alle Möglichkeiten der Förderung ausgeschöpft wurden.

BG Streitberger teilt mit, dass der Wiederaufbau des Roten Hauses keine Maßnahme des Stadtbahnbaus sei und dieses Budget daher nicht in Frage komme. Ad hoc könne er keine Förderungsmöglichkeit erkennen; er sagt jedoch zu, diese Frage zu prüfen.

RM Möring bittet für die CDU-Fraktion, die Ausgangslage - Fahrstuhlzugang unmittelbar vor dem Roten Haus – zu bedenken, die auch nicht akzeptabel war. In der Tat

seien die damaligen Vorstellungen von einer Verlegung der Aufzüge in das Rote Haus jedoch zu optimistisch gewesen und es bleibe auch aus seiner Sicht nichts anderes übrig, als die Planungen nun passieren zu lassen. Gleichwohl betont er, dass die Entscheidung vom Grundsatz her – auch städtebaulich – eine Richtige und Sinnvolle gewesen sei.

SE Vietzke merkt an, dass die vorliegende Planung gegenüber den ersten Entwürfen deutlich optimiert worden sei. Er rege jedoch an, zur besseren Darstellung die öffentlichen Verkehrsflächen in den Planunterlagen farbig zu kennzeichnen.

Auch RM Tull ist der Auffassung, dass den Planungen – wenngleich sie nicht zufriedenstellend seien – zugestimmt werden sollte.

RM Sterck weist darauf hin, dass der Intention des Grundsatzbeschlusses aus 2005 durch die unterbrochene Aufzugsverbindung ohnehin nicht Rechnung getragen werden konnte und es aus seiner Sicht noch nicht zu spät sei, diesen Beschluss zu revidieren. Er wiederholt seine Kritik an den vorliegenden Planungen und bittet erneut nachdrücklich um eine Gesprächsrunde mit den Planern bzw. dem Architekturbüro.

Ausschussvorsitzender Waddey zeigt auf, dass der hiesige Ausschuss Wert auf einen barrierefreien Zugang vom Rathaus zur Haltestelle lege. Alle weiteren Gesichtspunkte seien städtebaulicher und architektonischer Natur und somit Diskussionsgegenstand des Betriebsausschusses bzw. des Stadtentwicklungsausschusses. Er schlage daher als Kompromiss vor, die Vorlage heute ohne Votum in die weiteren Gremien zu verweisen und die Verwaltung zu bitten, bis zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses jedoch spätestens bis zur Ratssitzung ein interfraktionelles Gespräch mit den Sprechern der Ausschüsse Verkehr, Gebäudewirtschaft und Stadtentwicklung durchzuführen.

Es besteht Einvernehmen, so zu verfahren.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage ohne Votum in die weiteren Gremien. Die Verwaltung wird gebeten, bis zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses jedoch spätestens bis zur Ratssitzung ein interfraktionelles Gespräch mit den Sprechern der Ausschüsse Verkehr, Gebäudewirtschaft und Stadtentwicklung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

5.9 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Severinsbrücke, Strombrücke Nachrechnung des Überbaus und Planung von Verstärkungsmaßnahmen zur Erzielung einer ausreichenden Beulsicherheit 1194/2011

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat erkennt den Bedarf zur Nachrechnung des Überbaus und zur Planung von Verstärkungsmaßnahmen zur Erzielung einer ausreichenden Beulsicherheit an und beauftragt die Verwaltung mit der Vergabe der Planungsleistungen an ein externes

Ingenieurbüro. Die Realisierung der Planung erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplanes.

Die benötigten Planungsmittel in Höhe von 213.900,00 € sind im Doppelhaushalt 2010/2011 (incl. Finanzplanung 2012ff.) im Teilergebnisplan 1202, Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, Haushaltsjahr 2011 veranschlagt.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.10 Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf der Waldecker Straße in Köln-Buchforst
1364/2011**

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, macht darauf aufmerksam, dass bedauerlicher Weise eine Beteiligung und Prüfung des Rechnungsprüfungsamtes versäumt wurde. Da die Maßnahme zum Programm Mülheim 2020 gehöre und somit ein gewisser Zeitdruck bestehe, möchte die Verwaltung die Vorlage nicht zurückziehen, sondern schlage vielmehr vor, einen entsprechend erweiterten Beschluss zu fassen.

Ausschussvorsitzender Waddey regt alternativ an, die Vorlage heute nur zu verweisen und bittet die Verwaltung, die Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes für den 2. Beratungsgang im hiesigen Ausschuss nachzureichen.

Herr Harzendorf und Herr Straub, Vertreter des Rechnungsprüfungsamtes, sind hiermit einverstanden.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

**5.11 Umrüstung der Stadtbahnlinie 5 in Köln-Ossendorf
hier: Baubeschluss für den Neubau der Stadtbahnhaltestelle Margareta-
straße mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen des Finanzplanes bei Finanzstelle 6903-1202-4-6007, Hst. Le-
naupl.-Endhst.Ossend.-B.anhebung, Hj. 2011
1679/2011**

Ausschussvorsitzender Waddey kritisiert die Planungen der Verwaltung, im Bereich des nördlichen Zugangs nun doch keine Zuwegung zur östlich angrenzenden Wohnbebauung zu ermöglichen. Seitens der GAG sei die Bereitschaft diesen Weg zuzulassen durchaus gegeben, sofern die Stadt die Baulast hierfür übernehmen würde. Er bitte die Verwaltung nachdrücklich, dies zu überdenken.

Herr Neweling, Leiter des Amtes für Brücken und Stadtbahnbau, stellt klar, dass ihm zwei Einwände gegen die in Rede stehende Wegführung vorliegen: Der Einwand der GruBo argumentiere mit der aus ihrer Sicht nicht vorhandenen Wegeersparnis. Der Einwand der SBK, der für die Umplanungen der Verwaltung letztendlich ausschlagge-

bend war, beinhaltet die Befürchtung, dass es durch die Zuwegung wieder zu weiteren, unschönen Vorfällen zu Lasten der dort wohnenden geistig Behinderten – ca. 24 Wohnungen – kommen werde. Dies sei bereits in der Vergangenheit sehr häufig passiert, so dass das Tor zum Weg nun immer geschlossen gehalten werde. Herr Neweling weist darauf hin, dass die ihm im Detail vorliegenden Ausführungen der SBK in Gänze nachvollziehbar seien und er daher dafür plädiere, diesem Einwand zu folgen.

RM Kron spricht die Vorgärten an der Rochusstraße an und bittet um Auskunft, in welchem Umfang diese von der Baumaßnahme tangiert werden.

Herr Neweling verweist hierzu auf die vorliegenden Planunterlagen und antwortet, dass der Eingriff in etwa bis zu 6 m betragen werde.

Hinsichtlich der zur Diskussion stehenden Zuwegung zeigt sich RM Tull sehr erstaunt über die Ausführungen von Herrn Neweling. Sie möchte sich zur Bewertung der Einwände, insbesondere des letztgenannten, jedoch selbst eine Meinung bilden und werde die Situation daher vor Ort recherchieren.

Vorsitzender Waddey weist darauf hin, dass der Weg nach seiner Beobachtung trotz des verschlossenen Tores ohne Probleme zugänglich sei. Er schläge vor, die Vorlage zunächst nur in die Bezirksvertretung Ehrenfeld zu verweisen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss verweist die Vorlage mit Diskussionsbeiträgen zur Anhörung in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt

6 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1 PFA-Asphalt für Kölns Straßen hier: Anfrage der SPD-Fraktion zur Sitzung des Verkehrsausschusses am 22.03.2011 1144/2011

**PFA-Asphalt für Kölns Straßen
hier: Nachfragen des RM dos Santos Herrmann und des RM Kirchmeyer
aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 22.03.2011, TOP 1.1
1347/2011**

Die Beantwortungen wurden bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

6.2 Temporäre Geschwindigkeitsüberwachung vor Schulen und Kindertagesstätten hier: Anfrage des RM Möring aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom 07.12.2010, TOP 8.2 0169/2011

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.3 Parksituation am Krankenhaus Merheim
hier: Anfrage des SE Krämer aus der Sitzung des Verkehrsausschusses
vom 18.01.2011, TOP 8.13
1080/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.4 Anfrage aus der 15. Sitzung des Verkehrsausschusses am 15.02.2011
zur Nord-Süd-Stadtbahn, 2. Baustufe
hier: Baumfällungen im Bereich Gustav-Heinemann-Ufer
1136/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.5 Baumaßnahme in Rondorf, Einfahrt Hochkirchen
hier: Mündliche Anfrage der SE Steiner aus der Sitzung des Ver-
kehrsausschusses vom 22.03.2011, TOP 8.9
1339/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.6 Anfrage des Ausschussvorsitzenden Waddey aus der Sitzung des Ver-
kehrsausschusses am 22.03.2011 zu TOP 8.12 Anmeldung für Investiti-
onsvorhaben des ÖPNV/SPNV
1524/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**6.7 Aufnahme der Rotlichtüberwachung in Köln, Ehrenfeldgürtel/Ecke Vo-
gelsanger Straße
hier: Nachfrage aus der Sitzung des Verkehrsausschusses vom
22.03.2011, TOP 5.10
1608/2011**

Die Beantwortung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7 Mitteilungen der Verwaltung

7.1 15 Minuten kostenfreies Parken hier: Sachstandsbericht 1083/2011

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Möring wirft die Frage auf, ob durch die kürzlich beschlossene Parkgebührenordnung ein kostenfreies Parken für 15 Minuten nun gänzlich ausgeschlossen sei oder nur nicht durch die Verwaltung vorgesehen wurde.

Auch RM Sterck zeigt sich etwas ratlos über die detaillierten Ausführungen und schließt sich der Fragestellung an, ob nun seitens der Bezirksvertretungen oder des hiesiges Ausschusses entsprechende Beschlussinitiativen ergriffen werden könnten.

BG Streitberger stellt klar, dass die Frage der sog. „Brötchentaste“ mit der angesprochenen Parkgebührenordnung nicht entschieden sei. Über Anregungen der Bezirksvertretungen in dieser Angelegenheit müsse der Rat entscheiden, vorausgesetzt, die finanzielle Deckung – ggf. über die bezirksbezogenen Mittel – sei vorhanden. Die Verwaltung werde definitiv keine Vorlage von sich aus einbringen.

7.2 Nord-Süd Stadtbahn, 1. Baustufe, Berichtswesen 1. und 2. Quartal 2010 0075/2011

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.3 Nord-Süd Stadtbahn, 2. Baustufe, Berichtswesen 1. und 2. Quartal 2010 0077/2011

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.4 Eingabe für die Optimierung der Zuwegung für Fußgänger zur Philharmonie hier: Beschluss aus der Sitzung des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden vom 01.03.2011, TOP 3.3 0529/2011

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

7.5 Optimierung und Anpassung des Marktplatzes an der Berliner Straße in Köln-Mülheim im Rahmen des "Integrierten Handlungskonzeptes MÜLHEIM 2020" 0904/2011

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.6 Radverkehr in Köln
Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs im Jahr 2010
1107/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.7 Automatische Schilderbrücke zur bedarfsgerechten Verkehrsführung
der Dürener Straße bei Veranstaltungen im Rhein-Energie-Stadion
hier: Nachfrage von Herr Jung aus der Sitzung des Rechnungsprü-
fungsausschusses vom 17.03.2011, TOP 8.2
1228/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.8 Sachstand vierspuriger Ausbau der Landesstraße 150 von der An-
schlussstelle A 553 bis zur Anschlussstelle A 555
1358/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.9 Projekt "cologneE-mobil"
Modellprojektphase für Elektromobilität in Köln verlängert
1628/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.10 Bebauung am Breslauer Platz
Verzögerung des Projektes durch Leitungstrassen der DB AG - Erarbei-
tung von Alternativen
1155/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.11 Lichtsignalanlage Gottesweg/Petersbergstraße in Köln-Sülz
hier: Vorlage 0409/2009 aus der Beratung im Verkehrsausschuss aus der
Sitzung vom 16.06.2009, TOP 4.4
1649/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.12 Stadtbahnhaltestelle Zoo / Flora - Kosten der Umbauarbeiten;
Anfrage von Herrn Jung in der Sitzung des Rechnungsprüfungsaus-
schusses am 17.03.2011
1669/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt; der Ausschuss nimmt Kenntnis.

**7.13 Köln als autofeindlichste Stadt Deutschlands
hier: Beschluss aus der Sitzung des Rates vom 07.10.2010, TOP 3.1.3
4398/2010**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM van Benthem macht darauf aufmerksam, dass gemäß der vorliegenden Anlage 2 der ÖPNV an immerhin 205 Knotenpunkten die volle Bevorrechtigung genieße und diese Zahl eine sehr deutliche Sprache spreche.

Vorsitzender Waddey spricht die Begrifflichkeit der „vollen Bevorrechtigung“ an; diese sei seines Wissens nach lediglich an der Ein- und Ausfahrt Barbarossaplatz – Tunnel gegeben.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, erklärt, dass die Wartezeit der Bahn ein gewisses Maß nicht überschreiten dürfe.

Herr Waddey weist darauf hin, dass die Vorlaufzeiten für die Bevorrechtigung des ÖPNV nach seiner Beobachtung teilweise zu lang und somit optimierungsbedürftig erscheinen; beispielsweise im Bereich Höniger Weg/Am Vorgebirgstor/Pohligstraße.

Abschließend legen die Herren Harzendorf und Höhn, Vertreter der KVB, den Ausschussmitgliedern die Details der Signalsteuerung dar.

**7.14 2. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn; Querung der Rheinuferstraße
hier: Ratsbeschluss aus der Sitzung vom 25.11.2010, TOP 10.21
1495/2011**

Die Mitteilung wurde bereits zur Sitzung umgedruckt.

RM Möring nimmt Bezug auf das von der Verwaltung gezogene Resümee zur neuen P+R-Anlage Verteilerkreis Köln, nach dem bei einer Vollauslastung mit einer Verkehrsbelastung von unter 1 % auf der Rheinuferstraße gerechnet werden könne. Er bitte um Mitteilung, ob dieser Wert auf die Problemzeiten, d.h. die Hauptverkehrszeiten vormittags und nachmittags, konzentriert sei und zudem um Einschätzung durch die Verwaltung, ob durch diesen Wert eine nennenswerte Veränderung der bisherigen Stauprognose eintreten könnte.

Weiterhin legt Herr Möring dar, dass der Lkw-Durchgangsverkehr nach seinen Beobachtungen eher gering erscheine. Er bitte daher um Auskunft, welche Erkenntnisse die Verwaltung hierzu habe bzw. rege nachdrücklich an, diese im Rahmen einer Verkehrszählung in naher Zukunft zu sammeln.

SE Arenz spricht die Ausführungen auf Seite 5 der Mitteilung an und moniert, dass der Fokus immer nur auf Pkw-Stellplätze gerichtet werde; er wünsche sich daneben auch mehr abschließbare Fahrradabstellanlagen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, verweist hierzu auf die unter TOP 7.6 verteilte Mitteilung; dieser könne entnommen werden, was die Verwaltung im vergangenen Jahr zur Förderung des Radverkehrs unternommen habe.

Bezug nehmend auf die Äußerungen von Herrn Möring gibt er zu Bedenken, dass der Lkw-Durchgangsverkehr nicht durch eine schlichte Untersuchung erfasst werden könne; die Verwaltung werde die Möglichkeiten für eine fundierte Datenerfassung jedoch nochmals prüfen.

RM Möring macht den Vorschlag, die Lkw-Zu- und Abfahrten jeweils an der Militäringstraße/Ecke Rodenkirchen sowie vor der Zoobrücke zu zählen, sofern datenschutzrechtliche Gründe dem nicht entgegenstehen.

BG Streitberger merkt an, dass eine Erfassung über die Kennzeichenauswertung sicherlich möglich sei. Auch ihn interessiere das Ergebnis sehr. Er weist jedoch darauf hin, dass eine derartige Untersuchung sicherlich nicht mit eigenen Kräften ermöglicht werden könne sondern hierzu vielmehr eine externe Beauftragung erfolgen müsse.

7.15 Straßenfest anlässlich der Inbetriebnahme der Linie 5/Verlängerung bis zum Butzweiler Hof **Mündliche Mitteilung des Beigeordneten Streitberger**

BG Streitberger gibt bekannt, dass das Straßenfest am 21.05., ab 11 Uhr auf dem LENAUPLATZ stattfinden werde. Der Oberbürgermeister werde um 14 Uhr ein Grußwort sprechen. Eine schriftliche Einladung folge noch.

8 Mündliche Anfragen

8.1 Baustelle Ittisstraße **Anfrage des SE Preckel**

SE Preckel bittet um Mitteilung, wann die Ittisstraße wieder beidseitig und durchgängig über die Äußere Kanalstraße befahrbar sei und wann der Linksabbieger von der A57 in die Ittisstraße wieder geöffnet werde. Gründe für die Sperrungen seien nach seiner Beobachtung nicht ersichtlich.

Da dieser Umstand aus den Reihen der Verwaltungsmitglieder nicht in Gänze bestätigt werden kann, wird zugesagt, Herrn Preckel eine entsprechende Information zukommen zu lassen.

8.2 Bullaugen auf dem Breslauer Platz **Erinnerung des RM Sterck**

RM Sterck erinnert an die von RM Kirchmeyer eingebrachte Anfrage (vgl. hierzu Sitzung am 15.02.2011, TOP 8.2).

8.3 Fahrbahndecke im Bereich Breslauer Platz **Anfrage des RM Sterck**

RM Sterck fragt nach, warum es auf der frisch asphaltierten Fahrbahndecke im Bereich des Breslauer Platzes Einschnitte im Asphalt gibt.

8.4 Geschwindigkeitsreduzierungen auf dem Unnauer Weg Anfrage des RM Sterck

Auf Frage des RM Sterck, was das Gespräch mit den betroffenen Gewerbetreibenden ergeben habe, sagt Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, eine Stellungnahme zu.

8.5 Baustellen in Porz erneute Anfrage des RM van Benthem

RM van Benthem nimmt Bezug auf seine Anfrage aus der vergangenen Sitzung (vgl. hierzu TOP 8.10 aus der Sitzung am 22.03.2011) und teilt mit, dass ihm zwar eine Stellungnahme zugegangen sei. Da – entgegen dieser – die Baustellen jedoch immer noch vorhanden seien, bitte er um erneute Überprüfung und Beantwortung in der kommenden Sitzung.

8.6 Mangelnde Verkehrssicherheit Leuchterstraße/Zeisbuschweg erneute Anfrage des SE Czernik

Auch SE Czernik erinnert an seine ältere Anfrage zur Gehwegsituation im Bereich Zeisbuschweg/Leuchterstraße, zu der er eine ausführliche Rückmeldung vom Amt für Straßen und Verkehrstechnik erhalten habe. Da mittlerweile jedoch eine Baustelle errichtet wurde und die Situation sich somit verschärft habe, bitte er nunmehr nachdrücklich, hier Abhilfe zu schaffen und ihn zu informieren.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt zu, den Hinweis auf einen erforderlichen Rückschnitt nochmals an das Amt für öffentliche Ordnung weiterzugeben.

8.7 Hinweisschilder im Bereich des Breslauer Platzes Richtung Eigelstein Anfrage des SE Vietzke

SE Vietzke moniert, dass auf den deutlich baulich abgesetzten, ca. 1,50 m breiten Gehwegen (von Cambio aus Richtung Passage B) Schilder installiert wurden, die eine Benutzungspflicht nicht nur für Fußgänger sondern auch für Radfahrer vorsehen. Den seiner Zeit vorgelegten Planungen zufolge sei ursprünglich ein Zweirichtungsradweg hier vorgesehen gewesen.

Herr Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, sagt eine Prüfung zu.

8.8 Bonner Straße/Bonner Wall/Einmündung Siegfriedstraße Anfrage des SE Arenz

SE Arenz weist darauf hin, dass die Maßnahme zwischenzeitlich abgeschlossen sei; beim Radweg jedoch seien aus seiner Sicht noch Restarbeiten zu erledigen. Er überreicht Herrn Harzendorf, Leiter des Amtes für Straßen und Verkehrstechnik, ein Foto der Örtlichkeit und bittet diesen, sich der Angelegenheit anzunehmen.

Manfred Waddey
(Ausschussvorsitzender)

Angela Krause
(Schriftführerin)